

ELITE UND VERANTWORTUNG

GÜNTHER RÜTHER



Aktualisierte und erweiterte Fassung des Beitrags aus dem
Sammelband:
Oscar W. Gabriel/Beate Neuss/Günther Rüther (Hrsg.):
Eliten in Deutschland. Bedeutung, Macht, Verantwortung,
Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Band 506,
Bonn 2006, S. 114-134, Stand 2008

Kein geringerer als der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss, soll der Nachkriegselite empfohlen haben, damit sie mit den Füßen auf der Erde bliebe und das notwendige Maß an Selbstkritik übe, in größeren Abständen, aber durchaus regelmäßig, Max Webers Schrift „Der Beruf zur Politik“¹ zur Hand zu nehmen.

Theodor Heuss wie auch Max Weber richteten ihre Mahnungen insbesondere an die führenden Politiker. Weber tat dies 1919, kurz nach dem Ersten Weltkrieg, Heuss mehr als vierzig Jahre später nach der Niederwerfung der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft, als Deutschland abermals geteilt wurde und in Trümmern lag. In beiden Fällen war die monarchistische bzw. die der NS-Diktatur verpflichtete Elite in weiten Teilen entehrt. Nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Elite hatte kläglich versagt. Beide waren ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden. Aber weder Heuss noch Weber ging es damals darum, der „neuen“ aufkommenden, der Demokratie zugewandten Elite die Leviten zu lesen. Sie wollten ihr vielmehr Mut machen, in einer schwierigen, ja beinahe ausweglosen Situation Verantwortung zu übernehmen und, ausgestattet mit nüchternem Realismus und dem notwendigen Nachdruck, die zur Lösung anstehenden Probleme anzupacken.

Die Eliten in Deutschland stehen heute ebenfalls vor großen Herausforderungen, wenngleich diese nicht mit denen in den Nachkriegsjahren 1918 oder 1945 vergleichbar sind. Auch ist ihr Ruf nicht annähernd so beschädigt. Vielmehr können sie auf eine beachtliche Erfolgsbilanz verweisen, und dennoch wendet sich die öffentliche Kritik zur Zeit heftiger als in den Jahrzehnten zuvor gegen sie. Die Bürger und die veröffentlichte Meinung machen sie für die Strukturkrise der Wirtschaft und den Reformstau in verschiedenen Politikfeldern verantwortlich.

VERANTWORTUNG UND GESINNUNGSETHIK

Der Begriff der Verantwortung ist mehrdimensional. Er ist zugleich vergangenheits- und gegenwartsbezogen. Verantwortung verweist auf das, was wir getan haben, und auf das, was uns aufgetragen ist zu tun.² In den Mittelpunkt rücken dabei stets die Begründungsfähigkeit und die Plausibilität unseres Handelns.

Dies wird auf eindrucksvolle Weise bis heute in dem „unsterblichen“ Aufsatz „Der Beruf zur Politik“ von Max Weber sichtbar, in dem er die Zusammenhänge zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik hervorhebt. Der politischen Situation der damaligen Wirren der Zeit geschuldet, diagnostiziert Max Weber

vor allem ethisch orientiertes Handeln „unter zwei voneinander grundverschiedenen, unausragbar gegensätzlichen Maximen“; es ist entweder „gesinnungsethisch“ oder „verantwortungsethisch“ begründet.³ Max Weber befürchtete wohl, dass nach Wilhelm II. abermals Gesinnungsethiker und „Windbeutel“, die sich „an romantischen Situationen berauschen“, die Macht an sich reißen könnten.⁴ Dennoch wusste Max Weber nur zu genau, dass die von ihm getroffene Unterscheidung, so notwendig und hilfreich sie ihm auch erschien, um Scharlatane zu identifizieren, durchaus in einer Person zugleich anzutreffen sein können, weil zur Führung Leidenschaft und Augenmaß zugleich gehören: „Insofern sind Gesinnungsethik und Verantwortungsethik nicht absolute Gegensätze, sondern Ergänzungen, die zusammen erst den echten Menschen ausmachen“.⁵ Der zentrale Unterschied besteht jedoch darin, dass der aus verantwortungsethischen Motiven heraus entscheidende Mensch stets für die Folgen seines Handelns aufzukommen hat.⁶ Dies gilt für den Gesinnungsethiker nicht gleichermaßen. Für ihn ist vielmehr maßgeblich, dass er seinen ethischen Motiven treu bleibt.

Betrachten wir die Eliten in Wirtschaft und Politik, so drängt sich die Vermutung auf, dass die politische Elite heute stärker als früher handlungsethisch ausgerichtet ist. Diese Annahme ist darin begründet, dass die großen Ideologien gescheitert sind und sich in Deutschland mit der CDU/CSU und SPD starke Volksparteien entwickelt haben, die kaum noch gesinnungsethisch, sondern vor allem pragmatisch Politik gestalten. Für die Wirtschaftselite waren stets rationale Kriterien maßgeblicher. Sie sind im internationalen Wettbewerb entscheidender als Gesinnungen. Denn wirtschaftlicher Erfolg zeigt sich zuerst im Gewinn, und dieser ist messbar. Möglicherweise erhalten gesinnungsethische Argumentationen aber dadurch in Politik und Wirtschaft Auftrieb, weil es in der modernen globalisierten Welt immer schwieriger wird, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Beide Eliten spüren einen wachsenden Orientierungsbedarf, der sich aus der immer komplexer werdenden Wissensgesellschaft ergibt. Visionen gewinnen deshalb jenseits der ökonomischen, technisch-rationalen Welt für Politik und Wirtschaft eine neue handlungsleitende und legitimierende Bedeutung.

In turbulenten Zeiten, wie wir sie im Zuge der beschleunigten Globalisierung seit dem Ende des Kalten Krieges durchleben, wird vor allem den Eliten in Politik und Wirtschaft die Frage nach der Verantwortung gestellt. Dies geschieht sehr häufig, wenn bestehende Erwartungen nicht erfüllt und politische oder wirtschaftliche Sachzwänge materielle oder soziale Ein-

schnitte nach sich ziehen. Die Bereitschaft der Menschen, dafür die Eliten verantwortlich zu machen und ihnen Versagen vorzuwerfen, ist ausgeprägt. Verständlicherweise fällt es den Menschen schwer einzusehen, dass sie nach mehreren Jahrzehnten wachsenden Wohlstandes den Gürtel enger schnallen müssen und mit Problemen wie der Existenzsicherung und hohen Arbeitslosigkeit konfrontiert werden, die für viele eine völlig neue Erfahrung darstellt.

Ist die massive Kritik an den Eliten berechtigt? Vor welchen Herausforderungen steht unser Land? Haben die Eliten ihre Verantwortung nicht wahrgenommen? Haben sie versagt? Wie ist die öffentliche Kritik zu bewerten, und wie kann die bestehende Vertrauenskrise überwunden werden?

DER REFORMSTAU

Der Begriff „Reformstau“ bereichert die deutsche Sprache seit Beginn der neunziger Jahre. 1997 wurde er sogar zum Wort des Jahres gewählt und ist seitdem in unseren Sprachgebrauch eingegangen. Auch wenn die Vorstellungen darüber, was sich denn nun konkret hinter diesem Begriff verbirgt, im Einzelfall auseinandergehen mögen, so hat sich doch inzwischen weitgehend ein Konsens über seinen Inhalt herauskristallisiert. Es geht um die Reform unseres Sozialstaates, die Überlastung unseres Renten- und Gesundheitssystems. Beide sind an die Grenzen ihrer Finanzierbarkeit gestoßen. Es geht aber auch um eine Neuregelung der Zuständigkeiten zwischen dem Bund und den Ländern. Deshalb brauchen wir eine Entzerrung der konkurrierenden Gesetzgebung im Rahmen einer Föderalismusreform. Anfänge dafür sind auf den Weg gebracht. Die Zusammenlegung einiger Bundesländer von zur Zeit sechzehn auf zukünftig zwölf oder sogar acht, wie manche fordern, gehört sicherlich zu den Zukunftsaufgaben, die nicht in den nächsten Jahren realisiert werden können.

Anders sieht es bei den Reformaufgaben in Bildung und Wissenschaft aus. Hier besteht akuter Handlungsbedarf. Es verwundert nicht, dass schon 1997 das Wort „Bildungsmisere“ kaum hinter dem Begriff „Reformstau“ zurückstand. Nach den uns inzwischen vorliegenden Pisa-Studien hat die Überwindung der Bildungsmisere für die Zukunft unseres Landes weiter an Bedeutung gewonnen. Neben den Schulen sind es inzwischen die Universitäten, die den internationalen Wettbewerb auf eindringliche Weise zu spüren bekommen. Wollen sie in diesem Wettbewerb bestehen, müssen sie ihre Studiengänge internationalen Standards anpassen und stärker auf den Arbeitsmarkt hin ausrichten. Da zusätzliche öffentliche Mittel nicht mehr

wie in früheren Jahren fließen, sondern nur noch wenigen ausgewählten Universitäten zugute kommen, können die notwendigen Innovationsprozesse günstigenfalls aus den vorhandenen Ressourcen eingeleitet werden. Und das fällt schwer.

Die Beschleunigung der Globalisierung macht nicht nur Wissen gerade in einem rohstoffarmen Land wie dem unseren zur wichtigsten Ressource, sondern sie stellt auch die deutschen Unternehmen im internationalen Wettbewerb vor immer größere Herausforderungen. Um kostengünstig produzieren zu können, verlagern sie Produktionsstätten ins Ausland, erhöhen die Produktivität und reduzieren die Zahl der Arbeitskräfte. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Die Lösung der hier skizzierten Probleme entwickelt sich mehr und mehr zur Zukunftsfrage unserer Demokratie. Immer mehr Haushalte nehmen trotz der jüngsten Lohnrunde nicht mehr am wirtschaftlichen Aufschwung teil. Stattdessen verfügen sie über immer weniger Mittel ihr Leben zu gestalten. Besonders die allein erziehenden Mütter, Väter und kinderreichen Familien spüren die sozialen Einschnitte. Bei vielen geht es, anders als bei der Generation ihrer Eltern, schon lange nicht mehr darum, erworbenen Wohlstand zu mehren, sondern darum, die Familie mit dem Notwendigen zu versorgen. In Deutschland leben über zehn Millionen Menschen in einer prekären wirtschaftlichen Lage, das sind ca. 13 Prozent der Bevölkerung.⁷ Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung und immer noch mehr als drei Millionen Arbeitslosen, deren Zahl durch weiteres kräftiges Wirtschaftswachstum kaum abzubauen ist, werden verständlicherweise hohe Erwartungen an die Führungseliten in Politik und Wirtschaft gerichtet.

DIE VERTRAUENSKRISE

Im Rahmen einer repräsentativen Umfrage stellte Gallup International bereits 2004 in einer weltweit durchgeführten Erhebung unter 50.000 Bürgern fest, dass die Deutschen ihren Eliten besonders misstrauen. Sie kritisieren vor allem den Umgang mit der Macht in Politik und Wirtschaft und werfen ihnen einen Mangel an ethischem Bewusstsein vor. Nun neigen die Deutschen nicht nur an der Börse stärker als andernorts zu Übertreibungen. Aber die Umfragedaten belegen gleichwohl, dass es eine tiefe Kluft zwischen den Eliten in Politik und Wirtschaft auf der einen und der Bevölkerung auf der anderen Seite gibt. Wer das Image der Eliten heute vor allem auf ihr Versagen in der Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges zurückführt, liegt sicherlich nicht ganz

falsch, trifft aber nur die halbe Wahrheit. Denn die Eliten befinden sich heute stärker als in früheren Jahrzehnten in einer Zustimmungskrise. Im Mai 2004 machte dies der damalige Bundespräsident Johannes Rau in seiner letzten Berliner Rede deutlich. Er beklagte darin, dass das Gefühl für das, was richtig und falsch sei, verloren zu gehen scheine. Macht, Egoismus, Gier und fehlendes Augenmaß minderten das öffentliche Ansehen der Eliten. Sie verursachten Unsicherheit, Zukunftsangst und Misstrauen unter den Bürgern.

Im Juni 2008 sprach Bundestagspräsident Norbert Lammert von einem beträchtlichen Vertrauensverlust der Bürger unseres Landes gegenüber Politik und Wirtschaft. Er hob hervor, dass zwar eine knappe Mehrheit immer noch die Demokratie als denkbar bessere Alternative zu anderen Herrschaftsformen bezeichnet. Demgegenüber hält aber nur noch eine Minderheit die Soziale Marktwirtschaft für eine anderen Modellen überlegene Wirtschaftsordnung. Lammert empfiehlt, dem Wirkungszusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft stärkere Beachtung zu schenken.⁸ In der Tat darf der Zusammenhang zwischen der politischen Stabilität unserer Demokratie und dem allgemeinen Wohl in unserer Gesellschaft nicht aus den Augen verloren werden. Der wachsende Erfolg der Linkspartei dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass immer mehr Menschen beobachten, wie sich die Einkommensschere in unserer Gesellschaft auseinander entwickelt. Weniger bedeutsam erscheint in diesem Zusammenhang das populistisch-ideologische Auftreten ihrer Repräsentanten.

Allzu oft und mehr als verträglich entsteht in der Öffentlichkeit der Eindruck, dass die Eliten in Politik und Wirtschaft das Gemeinwohl aus dem Auge verlieren und zu allererst ihre Gruppeninteressen, im Extremfall sogar ihre ganz persönlichen Interessen, bedienen. Sicherlich handelt es sich bei dieser Wahrnehmung auch, aber eben nicht nur, um ein Zerrbild, dass dem Verantwortungsbewusstsein der Eliten nicht gerecht wird.

Dieses Zerrbild entsteht, weil die Medien in der demokratischen, auf Massenkommunikation ausgerichteten Gesellschaft Fehlverhalten skandalisieren und komplexe Sachverhalte oft so darstellen, als ließen sie sich ohne größere Schwierigkeiten zum Vorteil aller lösen. Dies ist aber in vielen zentralen Fragen, die zur Entscheidung anstehen, nicht der Fall. Um im globalen Wettbewerb bestehen zu können, müssen Unternehmen oftmals die Entscheidung treffen, ob sie Betriebe ins Ausland verlegen oder die Löhne absenken bzw. die Wochenarbeitszeit erhöhen. Vor dem Hintergrund

der demographischen Entwicklung sind weitreichende Entscheidungen in der Rentenversicherung erforderlich, die cum grano salis auf eine Anpassung der Beitragssätze oder Kürzung der Rente hinauslaufen. Die dringend notwendige Föderalismusreform ist nicht zu gestalten, ohne eine Neuordnung der Zuständigkeiten und Finanzen zwischen Bund und Ländern vorzunehmen. Derartige Verflechtungen sind systembedingt und nicht quasi per Knopfdruck aufzulösen, denn zum Wesen der Demokratie gehört die Langsamkeit.

Mit der Komplexität der zur Entscheidung anstehenden Probleme wächst in der Öffentlichkeit die Sehnsucht nach einfachen Lösungen. Gerade aus diesem Grund ist es heute wichtiger als früher, dem Bürger die Notwendigkeit der zu treffenden Entscheidungen ausführlich zu erläutern. Zur Verantwortung der Eliten in der Demokratie gehört es deshalb, sowohl Probleme zu erkennen und zu lösen als auch Lösungswege öffentlich zu kommunizieren. Die Eliten dürfen nicht nur sachorientiert handeln, sondern sie müssen dies zugleich in einer Weise tun, die den einzelnen Menschen erreicht.⁹ Dazu gehört auch, den Menschen Perspektiven aufzuzeigen und sie zu ermutigen.

POLITIK IN DER VERTRAUENSKRISE

Natürlich müssen sich die Eliten in Politik und Wirtschaft die Frage stellen, ob sie ihrer besonderen Verantwortung gerecht geworden sind. Haben sie ihre Hausaufgaben gemacht? Ist die öffentliche Schelte berechtigt?

In den zurückliegenden Jahren ist immer wieder zu hören und zu lesen gewesen, dass wir in Deutschland kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem hätten. Wenn dies so wäre, dann würde sich in der Tat die Frage stellen, warum die diagnostizierten Probleme nicht längst einer Lösung zugeführt worden sind. Diese Zuspitzung überzeugt jedoch nicht. Vielmehr scheint beides zuzutreffen. Wir haben ein Erkenntnis- und ein Umsetzungsproblem. Wir haben ein Erkenntnisproblem, weil Politik und Gesellschaft erst langsam wahrnehmen und sich darauf einzustellen versuchen, dass sich mit der beschleunigten Globalisierung auch die Rahmendaten unseres Zusammenlebens rasant verändern. Ein Teil dieses Wandels war frühzeitig zu erkennen, etwa die im internationalen Vergleich zu hohen Lohnkosten. Allerdings war auch unter den Experten häufig die Auffassung zu hören, dass dieser Wettbewerbsnachteil durch eine höhere Produktivität wettgemacht werden könne. Diese Sichtweise bestätigt sich immer weniger. Umgekehrt war kaum vorauszusehen, mit welchem Tempo China und Indien auf die westlichen Märkte drängen würden.

Möglicherweise wird China die USA schon in den nächsten Jahren als die stärkste Wirtschaftsmacht der Welt ablösen.

Ein weiteres Beispiel: Seit vielen Jahren wird der anwachsende Geburtenrückgang analysiert. Doch scheinen wir erst jetzt langsam zu begreifen, welche Konsequenzen diese dramatische Entwicklung für unsere sozialen Systeme, für unsere Schulen und Universitäten und für das zukünftige Zusammenleben der Generationen haben wird. Wohlstand macht nicht nur selbstgefällig, er schläfert auch den Blick auf das Notwendige ein. Er hat diese „Problemzonen über-tüncht und lässt viele immer noch in dem Glauben, wir bräuchten nur etwas mehr Wirtschaftswachstum, um nahtlos an die Zeiten des Wirtschaftswunders und des altbundesrepublikanischen ‚Modells Deutschland‘ anzuknüpfen. Doch in diese Idylle führt kein Weg mehr zurück.“¹⁰ Wer bereit ist, diese Argumente anzunehmen, versteht, weshalb es zu kurz fasst, die politische Elite alleine für den Reformstau in unserem Land verantwortlich zu machen. Allerdings steht sie vor der Frage, wie sie die entstandene Vertrauenskrise überwinden kann. Fünf Voraussetzungen müssen dafür erfüllt werden.

1. Der Wettbewerb um die Macht darf weder den politischen Gegner noch sein Amt nachhaltig diskreditieren.

Es ist die unbestrittene Aufgabe der politischen Parteien zu konkurrieren. Der Wettbewerb ist ihnen in die Wiege gelegt. Sie kämpfen mit ihren Programmen und ihrem Führungspersonal um die Macht. Wer die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Revue passieren lässt, wird feststellen, dass die Parteien in beachtlichem Umfang Anteil an der Erfolgsgeschichte unseres Landes haben.¹¹ Trotzdem genießen die Politik im Allgemeinen und die Politiker im Besonderen in der Öffentlichkeit kein gutes Ansehen. Karl-Rudolf Korte spricht sogar davon, dass in Deutschland eine Politikverachtung grassiere.¹² Dies ist sicherlich sehr zuge-spitzt formuliert, weist aber darauf hin, dass die Zustimmungswerte für die Parteien und ihr Spitzenpersonal weiter gesunken sind. Angesichts der bestehenden Vertrauenskrise ist dieser Befund nicht verwunderlich. Deshalb kommt es für die politischen Parteien heute stärker als in früheren Jahren darauf an, sich nicht wechselseitig zu beschädigen. Dies geschieht jedoch nahezu täglich über die mediale Berichterstat-tung und ist keineswegs auf Wahlkämpfe beschränkt. Dadurch tragen die Parteien und ihr Spitzenpersonal selbst in erheblichem Maße dazu bei, dass sie an öffentlicher Akzeptanz verloren haben. Schaden nimmt dabei nicht nur unsere politische Kultur, son-

dern auch die Achtung vor den politischen Institutio-nen und ihren Repräsentanten. Aber gerade auf sie kommt es in schwierigen Zeiten in einer Demokratie ebenso an wie auf die Bereitschaft exzellenter Persön-lichkeiten, Spitzenpositionen anzustreben.

2. Die demokratischen Parteien müssen untereinan-der koalitionsöffener werden, weil die Bindungs-kräfte der großen Parteien nachlassen.

Zur Zeit der Großen Koalition 1966-1969 vereinigten die großen Volksparteien 86,9 Prozent der Wähler-stimmen im Deutschen Bundestag auf sich. Neben ihnen befand sich allein noch die FDP mit 9,5 Prozent der Stimmen als weitere politische Kraft im Parlament. Bei der Bundestagswahl 2005 hat sich diese Aus-gangslage entscheidend verändert. Im neu gewählten Bundestag befinden sich sechs Parteien. CDU/CSU und SPD kommen zusammen auf knapp 70 Prozent. Will man den jüngsten demographischen Meinungsumfra-gen Glauben schenken, sind es zur Zeit nur noch sechzig Prozent. Damit können sie nur miteinander, günstigstenfalls mit jeweils zwei der anderen Parteien koalieren.

	CDU/CSU	SPD	Zusammen
1949	31,0%	29,2%	60,2%
1953	45,2%	28,8%	74,0%
1957	50,2%	31,8%	82,0%
1961	45,3%	36,2%	81,5%
1965	47,6%	39,3%	86,9%
1969	46,1%	42,7%	88,8%
1972	44,9%	45,8%	90,7%
1976	48,6%	42,6%	91,2%
1980	44,5%	42,9%	87,4%
1983	48,8%	38,2%	87,0%
1987	44,3%	37,0%	81,3%
1990	43,8%	33,5%	77,3%
1994	41,5%	36,4%	77,9%
1998	35,1%	40,9%	76,0%
2002	38,5%	38,5%	77,0%
2005	35,2%	34,3%	69,5%

Die Koalitionsfrage erweist sich jedoch als schwierig, weil die gemeinsame politische Schnittmenge zwischen SPD, FDP und Bündnis 90. Die Grünen einerseits und CDU/CSU, FDP und Bündnis 90. Die Grünen andererseits nicht hinreichend ausgelotet worden ist. Der Sachverhalt weist auf ein bestehendes Defizit in unserer demokratischen politischen Kultur hin, zumal die genannten politischen Parteien seit vielen Jahren dem Deutschen Bundestag angehören und über langjährige Regierungserfahrung verfügen. Offenkundig ist es vor dem Hintergrund zu erwartender Mehrheiten für kleine Koalitionen versäumt worden, Gemeinsamkeiten zwischen den Fraktionen auszuloten. Da auf Grund nachlassender Bindungswirkung großer gesellschaftlicher Gruppen – von den Kirchen bis zu den Volksparteien – nicht mehr davon auszugehen ist, dass sie wie in den zurückliegenden dreißig Jahren in kleinen Koalitionen sichere Mehrheiten erreichen können, scheint die Koalitionsoffenheit unter den staatstragenden politischen Kräften eine Grundvoraussetzung für unsere zukünftige politische Stabilität zu sein. Hier zeigt sich vor allem ein Defizit in der Union. Über Jahrzehnte mit Wahlergebnissen über vierzig Prozent verwöhnt, verfügt sie nicht mehr über strategische Mehrheiten jenseits einer großen Koalition. Dies könnte sich in den nächsten zehn Jahren bitter rächen. Insbesondere die Union, aber auch FDP und Bündnis 90/Die Grünen müssen koalitionsöffener werden.

Mit den wachsenden Stimmengewinnen der Partei Die Linke verliert die SPD nicht nur Wählerstimmen, ihr gehen auch strategische Mehrheiten mit der FDP und Bündnis 90/Die Grünen verloren. So steht sie vor der Alternative, Große Koalitionen einzugehen oder sich mit der „Linkspartei“ zu arrangieren. Bisher sind die Bemühungen der SPD in Hessen unter der Führung von Andrea Ypsilanti gescheitert, eine „linke“ Regierung zu bilden. Allerdings hat sie diesen Plan trotz erheblicher innerparteilicher Widerstände nicht aufgegeben. Sie wird versuchen, sich im Herbst 2008 mit den Stimmen der „Linken“ zur Ministerpräsidentin wählen zu lassen. Im Saarland könnte es sogar im September 2009 zu einer „linken“ Regierung mit Oskar Lafontaine als Ministerpräsident kommen. In Thüringen deuten vorliegende Umfragen darauf hin, dass dort erstmals „Die Linke“ nach der nächsten Landtagswahl im Frühjahr 2009 den Ministerpräsidenten stellen kann, wenn sich die SPD gegen eine Große Koalition entscheiden sollte. Derartige rot-rote Koalitionen werden nicht dazu beitragen, die Vertrauenskrise in Politik und Wirtschaft zu überwinden. Im Gegenteil: Sie können zu einer Spaltung der SPD führen und das Parteiensystem weiter destabilisieren. Umso wichtiger ist es, dass die sechs etablierten

Parteien jenseits der „Linken“ untereinander bündnisfähig bleiben bzw. werden.

3. Die Diskussionskultur in den Parteien und zwischen den Parteien muss dialogischer werden.

Oft helfen Vergleiche, die Ursache für eine Krise oder Fehlentwicklungen zu erkennen. Betrachten wir die politische Diskussionskultur der siebziger Jahre mit der von heute, so werden Unterschiede augenfällig. In den siebziger Jahren führten die SPD und die Unionsparteien intensive innerparteiliche Debatten, in welche die breite Öffentlichkeit einbezogen wurde. Es liegt nahe, hierin eine Reaktion der großen Volksparteien auf die außerparlamentarische Opposition der sechziger Jahre, die erst Anfang der siebziger Jahre abebbte, zu sehen. Zudem zwang Jürgen Habermas Diagnose über die Legitimationsdefizite der parlamentarischen Demokratie im – wie er es nennt – Spätkapitalismus die politischen Kräfte, sich mit dem „Strukturwandel der bürgerlichen Öffentlichkeit“ auseinander zu setzen.¹³

Seinem Vorwurf, der Parteienstaat hätte sich zu einer inhaltsleeren, bloß formalen demokratischen politischen Struktur entwickelt, in der die Wahlen allein der Legitimationsbeschaffung der politischen Elite dienten, setzten die Parteien seit Mitte der siebziger Jahre einen breit angelegten programmatischen, alle gesellschaftlichen Schichten erreichenden Diskurs entgegen. Dieser eröffnete den Parteimitgliedern, aber auch den Bürgern bis dahin nicht gekannte Möglichkeiten der Partizipation.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang etwa an die Grundsatzprogrammdiskussion der CDU. Helmut Kohl stellte sie in unmittelbarem Zusammenhang zu dem wachsenden Legitimationsbedürfnis von Staat und Gesellschaft. Er hob die immer bohrender werdenden Anfragen der jungen Generation dabei besonders hervor.¹⁴

Die SPD, damals in der Regierungsverantwortung, diskutierte andere Fragen, tat dies aber nicht weniger intensiv und kontrovers. In diesem Zusammenhang sei auf die Friedens- und Antikernenergiebewegung oder den Orientierungsrahmen '85 verwiesen.

Im Vergleich dazu fehlt es heute an einer entsprechenden offenen und partizipativen Diskussionskultur in den großen Volksparteien, zwischen ihren Mitgliedern und der Öffentlichkeit. Woran liegt das?

In die Regierungsverantwortung der Großen Koalition eingebunden, fehlt es den Volksparteien an dem not-

wendigen programmatischen Spielraum ihre unverwechselbare politische Identität öffentlich sichtbar zu machen. Hinzu kommt jedoch, dass CDU/CSU und SPD als große Volksparteien sich mit Blick auf mögliche Wähler inhaltlich immer mehr zu „Allerweltparteien“ entwickelt haben und frühere ideologische Kanten abgeschliffen wurden. Diese Entwicklung korrespondiert mit dem Verhalten der Parteimitglieder selbst, die weniger als in den siebziger und achtziger Jahren die Bereitschaft zu einer inhaltlichen politischen Debatte erkennen lassen. In der breiten Öffentlichkeit ist diese Bereitschaft noch weniger vorhanden. Dies kann sich jedoch dann schnell ändern, wenn sich die wirtschaftliche Lage unserer über Jahrzehnte gewachsenen Mittelschichtengesellschaft weiter verschlechtert. Als Kanzlerparteien pflegen die Unionsparteien eine am Koalitionsvertrag orientierte Umsetzungskultur. Innerparteilichen Diskussionen versuchen sie stattdessen aus dem Wege zu gehen. Demgegenüber übt sich die SPD, herausgefordert von Oskar Lafontaine und der „Linken“, darin, ihre innerparteilichen Konfliktlinien öffentlich zur Schau zu stellen. Beide Vorgehensweisen entsprechen nicht den Wahrnehmungs- und Problemhorizonten der Menschen in unserer Gesellschaft, noch tragen sie dazu bei, ihrem erkennbaren Partizipationsbedürfnis gerecht zu werden und für die politischen Parteien fruchtbar zu machen. Talkshows und Interviews im Fernsehen und Hörfunk bieten dafür keinen Ersatz, weil sie nichts zur Problemlösung beitragen und die notwendige politische Kontroverse von den demokratischen Institutionen, insbesondere dem Parlament, in die Medien verlagern. Die Parteien haben es schwer, sich gegen die seit Jahren zu beobachtenden nachlassenden Bindungskräfte zu stemmen. Wie andere gesellschaftliche Organisationen und Institutionen auch, sind sie Opfer eines sozialen Wandels in unserer Gesellschaft, die sich vor Festlegungen scheut, besonders, wenn damit eine Entscheidung auf längere Sicht verbunden ist. Aber wie können die Volksparteien sich diesem Trend anders erwehren als durch eine neue Diskussionsoffensive? Die großen Erfolge der Unionsparteien und der SPD in den siebziger Jahren, in denen sie hunderte tausende von neuen Mitgliedern gewannen, basierten, wenn auch in einem völlig anderen politisch kulturellen Umfeld als heute, auf Visionen zu mehr Demokratie und einem neuen Politikstil, den Grundprinzipien des Dialogs, auf der Überzeugungskraft des Arguments und der Bereitschaft, die Meinung des Anderen in die eigenen Überlegungen einzubeziehen.

4. Seiteneinsteiger in die Politik brauchen mehr Verständnis und Schutz in den Parteien und in der Öffentlichkeit.

Immer seltener gelingt es profilierten Seiteneinsteigern, eine Spitzenposition in der Politik einzunehmen. Das Scheitern des ehemaligen Richters des Bundesverfassungsgerichts und Steuerexperten Paul Kirchhof ist ein Beispiel dafür. Dabei braucht die Politik, um die diagnostizierte Vertrauenskrise zu überwinden, heute stärker als in früheren Jahren Fachleute zur eigenen Profilbildung und Ratgeber, die Visionen haben. Paul Kirchhof erfüllte beide Voraussetzungen. Dennoch ist er gescheitert. Er ist gescheitert, weil die politische Elite nicht bereit war, sich vorurteilsfrei mit seiner Expertise und mit seinen sozialen Visionen auseinander zu setzen. Stattdessen wurde mit Hilfe der Medien versucht, ihn durch eine selektive Auswertung seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse öffentlich zu desavouieren. Kirchhof wurde vor allem durch die SPD zu einem Opfer des Wahlkampfes, weil es ihm an parteipolitischer Angepasstheit, Erfahrung und einer entsprechenden Hausmacht fehlte. Die veröffentlichte Meinung hat darauf keine Rücksicht genommen. Die Medien zeigten keinerlei Bemühen, den wissenschaftlichen und beruflichen Leistungen dieses ausgewiesenen Fachmannes gerecht zu werden. Sie haben sich vor den Karren parteipolitischer Interessen spannen lassen. Dabei sollten gerade politische Unangepasstheit und Expertise, die nicht den Interessen einer Klientel zugeschrieben werden können, den Seiteneinsteiger in die Politik auszeichnen. Da er nicht zum engsten Zirkel der Macht gehört und seine Karriere nicht den Anpassungszwängen der Politik folgen muss, kann er im Gegensatz zum Berufspolitiker in besonderer Weise dabei helfen, Denkbarrieren zu überwinden und wichtige Anstöße für zukunftsweisende Entscheidungen geben.

Paul Kirchhofs Scheitern wirft kein gutes Licht auf einen Teil der politischen Elite. Offenkundig duldet sie nur eine Form der politischen Angepasstheit, die der eigenen politischen Sozialisation entspricht. Nun mag bei diesem Urteil zu berücksichtigen sein, dass im Wahlkampf besondere Gesetze gelten. Dennoch muss es aber auch in einer solchen spannungs- und interesseladenden Phase möglich sein, Fachleute in ein Kompetenzteam oder ähnliche beratende Stäbe aufzunehmen. Gerade aufgrund der breiten öffentlichen Wirkung und der Intensität der Debatte um Paul Kirchhof steht zu befürchten, dass dieses negative Beispiel zukünftige „Cross-over-Karrieren“ exponierter Persönlichkeiten aus der Wirtschaft, der Wissenschaft, den Medien und anderen Berufsfeldern in die Politik weiter einschränken wird.

Wenn die Zeichen nicht trügen, dann werden die traditionellen politischen Karrieremuster, d.h. die Ausübung des Berufs und die Wahrnehmung eines politischen Amtes oder der direkte Wechsel von der Ausbildung in die Politik, weiter zunehmen und der von Dietrich Herzog für Ende der sechziger Jahre konstatierte Anteil von ca. 20 Prozent an „Cross-over-Karrieren“ bei Spitzenpolitikern weiter abnehmen.¹⁵ Um dies zu verhindern, müssen die politischen Eliten in Zukunft Seiteneinsteigern offener begegnen und sie mit mehr Respekt behandeln. Beispiele aus früheren Jahrzehnten wie die Karrieren der Professoren Ludwig Erhard, Karl Schiller, Ralf Dahrendorf oder Kurt Biedenkopf zeigen, welche Bedeutung sie für Politik, Gesellschaft und die demokratische Kultur in unserem Lande erlangen können. Der Weg des Politikers in eine Spitzenposition darf nicht ausnahmslos an eine langjährige parteipolitische Karriere geknüpft sein.

5. Die Parteien müssen, wenn es um Fragen des nationalen Interesses geht, patriotischer handeln und parteipolitische Interessen mehr zurückstellen.

Die Volksparteien stehen vor der schwierigen Aufgabe, nach gerechten Lösungen zu suchen, diese zu erklären und durchzusetzen. Dabei besteht die Gefahr, dass extreme politische Kräfte weiter an Bedeutung gewinnen, die populistische, aber nicht finanzierbare Segnungen des Sozialstaates versprechen, weil sie diese nicht in der Regierungsverantwortung einlösen müssen. Die Unionsparteien und die SPD können dies nur verhindern, wenn sie stärker als in der zurückliegenden Zeit versuchen, die großen wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen gemeinsam zu meistern.

Vor dem Hintergrund der geschilderten Probleme erwarten die Bürger mehr Patriotismus von den Parteien, das heißt zu allererst Zusammenarbeit im nationalen Interesse und nicht parteipolitische Profilierung. Die Große Koalition bietet dafür den geeigneten politischen Rahmen, aber sie nutzt ihn nicht hinreichend, weil sie sich zu sehr im parteipolitischen „Klein-Klein“ verstrickt. Nun gehört der Streit in der Sache zum Konkurrenzprinzip der Parteiendemokratie. Er ist in der Großen Koalition aber nur solange förderlich, wie er tatsächlich zu besseren Lösungen führt. Gerade im sogenannten Superwahljahr 2009 mit insgesamt zwölf Wahlen steht zu befürchten, dass selbst die erzielten Erfolge der Großen Koalition von parteipolitischen Auseinandersetzungen überlagert werden. Ein solches Verhalten schadet am Ende den Koalitionsparteien, wird zu weiter sinkender Wahlbeteiligung führen und die Linkspartei stärken.

Grundsätzlich betrachtet, bietet die zweite Große Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland der Union und der SPD die Chance, die entstandene Vertrauenskrise und den fortbestehenden Reformstau durch eine gemeinsame konstruktive und zielgerichtete – eben patriotische – Politik im nationalen Interesse zu überwinden. Die formalen, machtpolitischen Voraussetzungen dafür sind gegeben, wengleich die innerparteilichen und öffentlichen Widerstände erheblich sind. Dass sie nicht überwunden werden können, liegt am allerwenigsten am Führungsstil der Bundeskanzlerin Angelika Merkel. Sie hat der Großen Koalition nach innen und nach außen Halt gegeben. Ihre Arbeit findet in der breiten Öffentlichkeit Zustimmung. Der Schwachpunkt dieser Großen Koalition bleibt, ganz im Gegensatz zu ihrer Vorläuferin in den sechziger Jahren, die SPD. Sie profitiert heute, trotz der Verabschiedung eines neuen Grundsatzzprogramms, weder von einer politisch-programmatischen Erneuerung, wie sie vom Godesberger Programm ausging, noch strebt sie mit einer Aufbruch signalisierenden Führungspersönlichkeit wie einst Willy Brandt zur Macht. Vielmehr befindet sie sich in einer Orientierungskrise. Dies wird am deutlichsten in der Tatsache, dass sie in weniger als fünf Jahren fünf Parteivorsitzende verschlissen hat und nun mit einem neuen Team, dem der ehemalige Parteivorsitzende Franz Müntefering als designierter Vorsitzender und Frank-Walter Steinmeier als Kanzlerkandidat angehören, einen neuen Anlauf unternimmt, die divergierenden Kräfte wieder zusammenzuführen. Ob dies gelingt, oder ob es zu einer Abspaltung und einem Schulterschluss der Linken in der SPD mit der Linkspartei kommen wird, ist heute noch nicht abzusehen.

Auch in den zurückliegenden Jahrzehnten hat es in der Bundesrepublik Deutschland immer wieder Phasen gegeben, in denen die politische Elite Vertrauen verlor und sich vor besondere Herausforderungen gestellt sah. Als Beispiele dafür mögen die Debatte über die Wiederbewaffnung, die Spiegel-Affäre oder die Notstandsgesetzgebung angeführt werden. So schwerwiegend die damit verbundenen politischen Auseinandersetzungen nicht nur zwischen den Parteien, sondern auch, angeheizt durch die Medien, in der Öffentlichkeit gewesen sind, so ist es dennoch den politischen Führungskräften immer wieder gelungen, durch gemeinsames verantwortungsbewusstes Handeln verlorene Wähler rasch zurückzugewinnen und die Demokratie zu stabilisieren. Wenn die Zeichen nicht trügen, wird dies jedoch der amtierenden Großen Koalition nicht gelingen. Dafür sprechen vor allem zwei Gründe.

Immer mehr Menschen aus der Mittel- und Unterschicht wenden sich von den Volksparteien ab und

bleiben den Wahlen fern. Dies gilt immer weniger nur für die jüngere Generation, sondern vielmehr Generationen übergreifend. Zweitens: Die SPD streitet über ihr zukünftiges, politisches Profil als Volkspartei, weil sie fürchtet, von der „Linkspartei“ auf Bundesebene unter die dreißig Prozentgrenze gedrückt zu werden. In den Ländern ist sie dort schon, von wenigen Ausnahmen abgesehen, angekommen, z.T. liegt sie hier unter zwanzig Prozent. Die massiven Stimmenverluste verleiten die SPD dazu, ihre parteipolitischen Interessen, ungeachtet der Einbindung in die Große Koalition, besonders herauszustreichen. Dies ist einerseits verständlich, andererseits gefährdet dieses Verhalten die Handlungsfähigkeit und Geschlossenheit der Regierung und führt zu weiterem Vertrauensverlust in der Bevölkerung.

DIE MITVERANTWORTUNG DER BÜRGER

Die Bürger beklagen zu Recht, dass der diagnostizierte Reformstau nicht überwunden wird. Dabei übersehen sie häufig, dass sie selbst für die bestehenden Probleme mitverantwortlich sind. Sie wälzen gerne die eigene Verantwortung von sich ab und stempeln die politische Elite zum Sündenbock für mitverschuldetes Fehlverhalten.¹⁶ So werden sie zum Teil des Problems, weil ihnen oft die Einsicht fehlt, dass sie durch ihr Verhalten als Staatsbürger zur Überwindung des Reformstaus einen Beitrag leisten können. „Das Volk der Interessierten blickt in einen Spiegel, wenn es auf seine Politiker schaut, und es ist Selbsterkenntnis im Spiel, wenn ihm das, was ihm aus dem Spiegel entgegenblickt, enttäuschend vorkommt“¹⁷, schreibt Peter Sloterdijk schon 1986.

Was hat sich in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten daran substantiell geändert? Es scheint, dass diese Selbsterkenntnis bis heute nicht weit verbreitet ist. Vielmehr mangelt es an ihr. So darf vermutet werden, dass sie nur dann konstruktiv werden kann, wenn sie zu der Einsicht führt, dass die Regierungen und großen Parteien insbesondere in dem Maße ihrer Führungsaufgabe gerecht werden, wie sie sich von der öffentlichen Erwartungshaltung entfernen und eigene aus der Sache heraus begründete Lösungen und nicht Interesse geleitete, die vermeintliche Wählerklientel widerspiegelnde Entscheidungen, treffen. Der Versuch, allen gerecht zu werden, ist zwar der Mühe wert, aber ob er eine breite Akzeptanz findet, bleibt stets fraglich.

In unserer Gesellschaft ist ein sehr widersprüchliches Phänomen zu beobachten. Einerseits werden Reformvorschläge im Detail kritisiert und damit zerredet, andererseits scheint in der Gesellschaft eine wachsen-

de Bereitschaft dafür vorhanden zu sein, auch weitreichende Lösungsansätze zu akzeptieren, wenn sie mit der nötigen Härte und Konsequenz durchgesetzt werden. Man erkennt dies beispielsweise an der rigorosen Durchsetzung des Rauchverbots. Die Bereitschaft, politische Gefolgschaft zu leisten, scheint stärker entwickelt zu sein, als dies gemeinhin angenommen wird. Von den politischen Eliten wird mehr Führung erwartet, als diese sich offensichtlich zutrauen. Zumal ohne Einschränkungen aller der soziale Frieden in Zeiten forcierter Globalisierung gerade in den Ländern nicht sicher scheint, die ihren Wohlstand, wie etwa Deutschland, mit einer seit Beginn der Großen Koalition 1966 einsetzenden und stetig wachsenden Staatsverschuldung finanziert und seitdem über ihre Verhältnisse gelebt haben.

Es liegt in der Natur der Menschen, dass sie prinzipiell von den Parteien Lösungen erwarten, die sie selbst schonen, aber dennoch das Problem an der Wurzel packen. Nur solche Lösungen gibt es nicht! Im Wettbewerb um die Macht und die Gunst der Wähler propagieren die Parteien derartige Lösungen häufig, weil sie glauben, dafür belohnt zu werden. Schmerzhaft Ankündigungen, wie sie die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 2005 vornahm mit dem Ziel, die Staatsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen, finden bei den Wählern nur dann Verständnis, wenn sie überzeugend vorgetragen werden und das sensible Empfinden für soziale Gerechtigkeit nicht verletzen. Verzichten die Parteien darauf, die Probleme beim Namen zu nennen, begeben sie sich in eine Glaubwürdigkeitsfalle. Deshalb gibt es für die Politik keine überzeugende Alternative dazu, sich ihrer Führungsaufgabe offensiv zu stellen.

Aufgrund der menschlichen Erkenntnisfähigkeit und seiner täglichen Erfahrung lässt sich die Einsicht dafür wecken, dass Menschen mit weniger Geld auskommen und ihren Lebensstandard einschränken müssen. Die Bereitschaft dafür wächst, wenn Privilegierungen vermieden werden und alle sozialen Gruppen und nicht nur vor allem die Mittelschichten zur Gesundung der Staatsfinanzen herangezogen werden. Diese Wegweisung ist von der politischen Elite vorzugeben und zu erläutern, auch wenn sie zunächst auf scharfen Widerstand innerparteilich, zwischen den Koalitionsparteien und öffentlich treffen wird, weil sie viele Interessen berührt.

WIRTSCHAFT IN DER VERTRAUENSKRISE

Die öffentlich geübte Kritik der Wirtschaftseliten an der Politik, wie z.B. bei der Debatte um die Lohnnebenkosten, die Erbschaftssteuer oder die Arbeits-

marktgesetzgebung, hat maßgeblich dazu beigetragen, dass es zu dem skizzierten Vertrauensentzug und Ansehensverlust gekommen ist. Dies ist vor allem dadurch bewirkt worden, dass von dieser Seite oft völlig unabgestimmte in sich widersprüchliche Forderungen an die Politik herangetragen wurden, die kein in sich geschlossenes Konzept darstellten und deshalb zur Lösung der Probleme wenig beizutragen vermochten. Die Umsetzung dieser teils massiven Forderungen scheiterte aber auch, weil es nicht die Aufgabe der demokratischen Institutionen und ihrer Repräsentanten ist, einseitig die Interessen der Wirtschaft zu vertreten. Der demokratische Verfassungsstaat und die Zivilgesellschaft sind keine Agenturen zur Maximierung des Gewinns wirtschaftlichen Handelns. Selbstverständlich hat die Politik bei ihren Entscheidungen die wirtschaftlichen Interessen deutscher Unternehmen zu berücksichtigen, aber Effizienzstreben und Rentabilitätsberechnungen können nicht die allein gültigen Parameter für politische Entscheidungen sein.

Die von Seiten der Wirtschaft erhobenen Forderungen nach einer Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland sind berechtigt. Sie liegen im allgemeinen Interesse. Allerdings werden damit Ziele formuliert, die von der Politik nicht kurzfristig und in vielen Fällen auch nicht allein umgesetzt werden können.

Die Wirtschaftselite hat durch ihr Verhalten den öffentlichen Eindruck verstärkt, die Politik sei handlungsunfähig und werde ihrer Führungsaufgabe nicht gerecht. Sie hat Imagepflege zulasten der Politik betrieben und damit letztendlich auch sich selbst geschadet, weil sie genauso wie alle anderen auf die Legitimität und das Vertrauen angewiesen ist, mit der die Zivilgesellschaft die Politik ausstattet.

Umgekehrt neigt auch die Politik bisweilen dazu, das Vertrauen in die Wirtschaftselite zu schwächen. In diesem Zusammenhang ist vor allem die „Kapitalismuskritik“ des ehemaligen SPD Vorsitzenden Franz Müntefering in Erinnerung zu rufen. Er übte in Sprache und Bild eine Fundamentalkritik an unserer Wirtschaftsordnung, die ihrer erbrachten Leistung in den zurückliegenden Jahrzehnten nicht gerecht wird. Seine pauschale Kritik an Unternehmern und Führungskräften in der Wirtschaft verkennt deren Bereitschaft, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und verschweigt deren Ziel, Deutschland unter schwieriger gewordenen internationalen Rahmenbedingungen wieder zu einem Spitzenplatz im Wettbewerb mit anderen Volkswirtschaften zurück zu führen. Dazu gehört natürlich auch, Gewinne anzustreben und die Marktposition zu behaupten oder zu verbessern. Allerdings darf dafür nicht jedes Mittel recht sein!

Für die Bundesregierung formulierte jüngst Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble nicht weniger zaghaft, als er vor dem Hintergrund der Affaire um den ehemaligen Vorsitzenden der Deutschen Post, Klaus Zumwinkel, feststellte: „Diese Leute machen alles kaputt. Wenn die Eliten nicht mehr begreifen, dass sie sich an die Gesetze halten müssen, ist das schlimm. Das Vertrauen wird derzeit weniger durch die Gewerkschaften als durch einen nicht unerheblichen Teil der wirtschaftlichen Elite gefährdet“.¹⁸

Zeitweise gewinnt der Bürger den Eindruck, dass bei Spitzenmanagern – von der Telekommunikation bis zu den Banken, von der Auto- bis zur Elektroindustrie – die Grundwerte nicht mehr stimmen und der Respekt vor den Menschen verloren gegangen ist.¹⁹ Gerade in Zeiten des Umbruchs und wachsender Verunsicherung kommt es darauf an, durch vorbildliches Handeln und das persönliche Beispiel Maßstäbe zu setzen.

Namhafte Repräsentanten der Wirtschafts- und Finanzwelt haben durch ihr Handeln, ihr öffentliches Auftreten und ihre maßlosen Forderungen die Vertrauenskrise verstärkt. Die Beispiele für Fehlverhalten von Führungskräften häufen sich: Bei der Deutschen Bank, Telekom, Allianz oder Siemens. Trotz Rekordgewinnen leiten weltweit tätige Unternehmen Massentlassungen ein. Ein Beispiel dafür ist die Deutsche Bank. Bei einem seit vier Jahren nicht mehr erreichten Gewinn von ca. 3,5 Milliarden Euro verkündete ihr Vorstandsvorsitzender 2005 in gleichem Atemzug öffentlich, Tausende von Mitarbeitern zu entlassen. 2006 ist der Gewinn nach Steuern auf knapp sechs Milliarden angewachsen.

Heute stehen die Banken durch die von ihnen selbst verursachte Subprime-Krise vor einem finanziellen Scherbenhaufen. Sie haben durch ihre Profitgier eine internationale Finanzkrise ausgelöst, deren Folgen noch nicht absehbar sind, aber schon jetzt zu erheblichen Einbußen des Wirtschaftswachstums geführt haben. Hier fehlen offenkundig Maßstäbe für ethisch verantwortliches wirtschaftliches Handeln, die soziale Balance und das Augenmaß für die gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Es mag sein, dass die Risiken der Kreditgeschäfte unter dem Gesichtspunkt des internationalen Wettbewerbs und der internationalen Verflechtung nicht mit allen Konsequenzen abschätzbar gewesen sind. Die Mehrzahl der jetzt von der Subprime-Krise betroffenen Großbanken haben aber riskante Geschäfte billigend in Kauf genommen, um ihr Wachstum und ihre Rentabilität zu steigern. Die Performance und die Quartalszahlen wurden ihnen wichtiger als eine nachhaltige Geschäftsentwicklung und eine nüchterne Risikoabschätzung. Manager und

Unternehmer dürfen nicht ihr gesamtes Handeln dem Ziel einer kurzfristigen Gewinnmaximierung unterordnen. Sie haben eine soziale Verantwortung für die ganze Gesellschaft.²⁰ Im Angesicht einer zunehmend prekäreren finanziellen Situation breiter Mittelschichten und nach wie vor hoher Arbeitslosigkeit kommt es mehr denn je auf die Vertrauenswürdigkeit und das Verantwortungsbewusstsein der Führungskräfte an.

Schwer nachvollziehbar und öffentlich kaum vertretbar erscheint die Entwicklung der Spitzengehälter für deutsche Manager. 2005 durften sich die Vorstände der 30 größten deutschen Konzerne über eine

Gehaltserhöhung von elf Prozent freuen. Die FAZ berichtete am 21. September 2005, dass die Bezüge der Dax-Vorstände 2004 im Durchschnitt um acht Prozent auf jährlich knapp 1,6 Millionen Euro angestiegen sind. Im Jahr davor waren es zehn Prozent. Auch 2007 sind die Gehälter der Dax-Vorstände im Vergleich zum normalen Arbeitnehmer in Deutschland prozentual exorbitant angestiegen auf nunmehr über 2,9 Millionen Euro.²¹ Bei der Deutschen Bank lagen die Vorstandsgehälter mit durchschnittlich drei Millionen Euro p.a. 2004 schon nahezu doppelt so hoch wie die ihrer Vorstandskollegen in anderen Unternehmen. Sie nehmen damit die Spitzenposition ein.²²

Indiv. Veröffentlichung	Rang	Gesellschaft	Durchschnittl. Vergütung pro Vorstand 2004	Vergütung Vorsitzender 2004	Ergebnis je Aktie 2004	Veränderung in %
ja	1	Deutsche Bank	3,035 Mio.	6,2 Mio.	5,02 Euro	106
ja	2	RWE	2,613 Mio.	4,0 Mio.	3,8 Euro	10
nein	3	DaimlerChrysler	2,588 Mio.	4,5 Mio.	2,43 Euro	452
ja	4	Siemens	2,108 Mio.	3,6 Mio.	3,83 Euro	39
ja	5	E.ON	2,107 Mio.	3,1 Mio.	6,61 Euro	-7
ja	6	SAP	2,017 Mio.	3,1 Mio.	4,22 Euro	22
ja	7	Metro	1,942 Mio.	3,1 Mio.	2,53 Euro	8
ja	8	Schering	1,918 Mio.	2,4 Mio.	2,61 Euro	14
ja	9	Allianz	1,790 Mio.	2,6 Mio.	6,01 Euro	8
nein	10	Adidas-Salomon	1,782 Mio.	3,1 Mio.	6,88 Euro	20
nein	11	BMW	1,763 Mio.	3,1 Mio.	3,3 Euro	14
nein	12	Henkel	1,713 Mio.	2,6 Mio.	3,82 Euro	5
ja	13	Deutsche Telecom	1,612 Mio.	2,6 Mio.	1,1 Euro	167
nein	14	BASF	1,600 Mio.	2,8 Mio.	3,43 Euro	112
nein	15	Infineon	1,537 Mio.	2,7 Mio.	0,08 Euro	-
ja	16	Deutsche Post	1,532 Mio.	2,3 Mio.	1,43 Euro	21
ja	17	ThyssenKrupp	1,523 Mio.	2,5 Mio.	1,81 Euro	66
nein	18	Linde	1,500 Mio.	max. 3,3 Mio.	2,3 Euro	153
nur Vovo	19	VW	1,497 Mio.	2,6 Mio.	1,75 Euro	-31
ja	20	Bayer	1,375 Mio.	2,4 Mio.	0,83 Euro	-
nein	21	Münchener Rück	1,325 Mio.	2,3 Mio.	8,01 Euro	-
ja	22	Deutsche Börse	1,293 Mio.	2,2 Mio.	2,38 Euro	8
ja	23	TUI	1,137 Mio.	2,5 Mio.	2,74 Euro	78
ja	24	Continental	1,118 Mio.	1,8 Mio.	4,88 Euro	106
ja	25	Altana	0,981 Mio.	1,9 Mio.	2,88 Euro	14
nur Vovo	26	Hypo-Vereinsbank	0,960 Mio.	1,2 Mio.	-3,27 Euro	-
nur Vovo	27	MAN	0,872 Mio.	1,3 Mio.	2,09 Euro	67
nein	28	FMC	0,870 Mio.	1,5 Mio.	4,16 Euro	22
ja	29	Commerzbank	0,851 Mio.	1,5 Mio.	0,66 Euro	-
ja	30	Lufthansa	0,851 Mio.	1,3 Mio.	0,94 Euro	-
		Durchschnitt	1,594 Mio.	2,6 Mio.		

Quelle: Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. September 2005

Diese Gehaltsverbesserungen stehen in krassem Gegensatz zur allgemeinen Lohnentwicklung in Deutschland. Wenn die Mehrzahl der Arbeitnehmer und Beamten trotz der jüngsten Lohnerhöhungen erhebliche Einschränkungen in ihrem Lebensstandard hinnehmen müssen, dann stimmt etwas nicht in unserer politischen Kultur. Das bereits gestörte Vertrauensverhältnis wird durch derartige Fehlentwicklungen weiter beschädigt. Da nützen auch Vergleiche mit den USA und den Einkommen dortiger Vorstände oder erfolgreicher Investmentbanker nicht, zumal sie auch dort Gegenstand heftiger öffentlicher Debatten sind.

Die Frage nach der Höhe der Gehälter von Führungskräften in der Wirtschaft zielt vor allem auf das Problem der Selbstbescheidung, der Wirtschaftsethik und der Transparenz. Das subsidiäre Prinzip der Selbstbescheidung hat jedoch weitgehend versagt. Die Gehälter der Vorstände und der Arbeitnehmer haben sich in den letzten Jahren so weit auseinander entwickelt wie noch niemals zuvor in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Es ist sozial unverträglich, wenn heute Spitzenmanager incl. Aktienoptionen und anderer geldwerter Vorteile, mehr als das Dreihundertfache eines Arbeiters verdienen, ohne ein nennenswertes persönliches Risiko, sei es finanzieller oder unternehmerischer Art, zu tragen. Sie müssen nicht für unternehmerische Fehlentscheidungen haften, und das vorzeitige Ausscheiden aus dem Unternehmen wird in der Regel mit einer sehr hohen Entschädigung vergoldet. Deshalb ist es unter wirtschaftsethischen Gesichtspunkten und vor dem Hintergrund mangelnder Transparenz sehr zu begrüßen, dass nunmehr ein Bundesgesetz die Offenlegung der Vorstandsbezüge einfordert und dies nicht länger eine Frage des Deutschen Corporate Governance Kodex bleibt, der lediglich an die Bereitschaft der Vorstände appelliert, über ihre Bezüge Auskunft zu geben. Dies hat bereits dazu geführt, dass für 2005 nur noch sechs Dax-Unternehmen die Offenlegung der Vorstandsbezüge verweigert haben. 2008 werden vermutlich alle Dax-Vorstandsmitglieder den eingeforderten Einzelnachweis der Bezüge veröffentlichen. Allerdings eröffnet eine Klausel dieses Gesetzes den Unternehmen die Möglichkeit, diese Zahlen nicht offen zu legen, wenn sich 75 Prozent der Aktionäre auf der Hauptversammlung dagegen aussprechen. Dies dürfte jedoch eher der Ausnahmefall bleiben.

International betrachtet, ist die deutsche Wirtschaft gut aufgestellt. Die Gewinne steigen, und die Unternehmen wachsen u.a. durch Zukäufe. Dies ist auch das Verdienst ihrer Führungskräfte. Allerdings darf bei einem derartigen Urteil auch nicht darüber hinweggesehen werden, dass es im Einzelfall folgen-

schwere unternehmerische Fehlentscheidungen gegeben hat. Zu denken ist dabei an den Verkauf der Mannesmann AG an Vodafone oder an den gescheiterten Versuch von Daimler-Benz, zu einem weltumspannenden Automobilkonzern, von Asien bis in die USA, zusammenzuwachsen mit den bekannten fatalen wirtschaftlichen Folgen und der Vernichtung von Milliarden Euro an Aktienvermögen. Auch wenn diese Beispiele zeigen, dass einzelne Spitzenmanager ihrer besonderen Verantwortung nicht gerecht geworden sind, so stellen diese „Betriebsunfälle“ doch Ausnahmen dar. Sie eignen sich nicht dafür, der Wirtschaftselite insgesamt schlechte Noten auszustellen.

DIE ZUKUNFTSAUFGABE DER ELITEN IN POLITIK UND WIRTSCHAFT

Die gemeinsame Zukunftsaufgabe der Eliten in Politik und Wirtschaft besteht darin, die bestehende Vertrauenskrise zu überwinden. Da ihre Leistungen nüchtern betrachtet besser sind als ihr öffentliches Ansehen, bestehen gute Chancen, die aufgetretenen Kommunikationsstörungen untereinander und zum Bürger zu beheben. Das wird vor allem dann gelingen, wenn die Eliten wieder stärker ihre Leistungen herausstellen, sich auf ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung und ihre sozialen Verpflichtungen besinnen. Deshalb hilft es wenig, darauf hinzuweisen, dass weite Teile der Bevölkerung reformunwillig sind und den Sozialstaat ausbeuten. Dieser Vorwurf ist genauso unberechtigt wie die pauschale Behauptung, die Eliten würden ihrer Verantwortung nicht gerecht. Vielmehr kommt es darauf an, vorhandenes Misstrauen abzubauen, aufeinander zuzugehen und den Menschen im Lande wieder Mut zu machen.

Die Chancen zu einem neuen Aufbruch stehen gut, wengleich es dazu einer gemeinsamen Anstrengung der Eliten und der Bevölkerung bedarf. Der Hinweis auf die große Aufbauleistung der Nachkriegsgenerationen kann alle Beteiligten ermutigen. Beim Zurückschauen darf allerdings nicht übersehen werden, dass heute politisch-kulturell und international völlig andere Rahmenbedingungen gelten. Sie stellen die Eliten in Wirtschaft und Politik vor ganz neue Herausforderungen.

Dazu zählt, dass sich die großen Unternehmen in bisher nicht gekannter Weise global ausgerichtet haben. Sie produzieren globale, und sie suchen ihre Märkte global. So kann man beispielsweise bei den Dax-Unternehmen nur noch mit Einschränkungen von deutschen Unternehmen sprechen. Zwar sind die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder noch größtenteils deutsche Staatsbürger, aber sie denken und planen

immer weniger im nationalen Rahmen. Diese Internationalisierung führt zwangsläufig zu einem Kontrollverlust der Politik, die im Wesentlichen national ausgerichtet bleibt. Daran ändern auch die europäischen Einigungsbestrebungen wenig, zumal die großen Unternehmen weltweit agieren. Umso wichtiger ist der von der UN ins Leben gerufene „Global Compact“, mit dem sich die Unternehmen auf zehn Prinzipien ethisch verantwortlichen Handels verpflichten gegenüber der Öffentlichkeit, der Umwelt, den Menschenrechten, den Partnern, den Konkurrenten, den Kunden und auch den Mitarbeitern.

Doch diese freiwillige Verpflichtung der großen, weltweit tätigen Unternehmen entbindet die Staatengemeinschaft nicht von der Verpflichtung, entsprechende ordnungspolitische und rechtliche Rahmenbedingungen zu setzen und deren Einhaltung einzufordern. Ohne eine derartige nationale und internationale Kontrolle und ohne einen gemeinsamen Wertekodex gefährdet die Globalisierung international geltende politische Standards. Deshalb liegt es gleichermaßen im Interesse der Politik wie der Bürger, dass möglichst viele Unternehmen dem „Global Compact“ beitreten und die hier verankerten Prinzipien auch einhalten.

GLOBALISIERUNG UND WISSENSGESELLSCHAFT

Den Eliten in Politik und Wirtschaft fällt die Hauptlast der Verantwortung dafür zu, der Veränderung Richtung und Perspektive zu geben. Dafür brauchen sie aber auch die Unterstützung der Medien. Je überzeugender ihre Zukunftsentwürfe zur Überwindung des Reformstaus ausfallen, desto größer ist die Chance für eine erfolgreiche mediale Vermittlung. Die Zustimmung breiter Teile der Bevölkerung hängt hiervon wesentlich ab. Denn es geht heute keineswegs wie noch vor zehn oder zwanzig Jahren allein darum, den Sozialstaat, den Wirtschaftsstandort Deutschland, unsere Schulen und Universitäten durch selektive Eingriffe zu heilen. Die Krise hat inzwischen die „Kernzone unserer Gesellschaft“ erreicht. Unsere Gesellschaft steht in der Gefahr zu entgleisen. „Eine entgleisende Modernisierung der Gesellschaft im ganzen könnte sehr wohl das demokratische Band mürbe machen und die Art von Solidarität auszehren, auf die der demokratische Staat, ohne sie rechtlich erzwingen zu können, angewiesen ist.“²³ Wir brauchen deshalb „eine Veränderung in unseren Köpfen, einen Wandel der eingeführten Vorstellungen und Mentalitäten und eine Veränderung der Institutionen, Organisationen, Gesetze, von der Sozialversicherung bis zu einer Reform der Verfassung, des Grundgesetzes“.²⁴

Wir brauchen von der Elite Visionen und von der Gesellschaft den Willen zur Selbstbehauptung. Diese Diagnose zeigt allerdings noch keinen Weg auf, wie Staat und Gesellschaft aus dem Labyrinth an Problemen herausfinden. Mit zunehmendem Problemdruck orientieren sich die Eliten mehr und mehr an der Bewältigung der konkreten aktuellen Herausforderungen. Sie konzentrieren sich an der Gegenwart und vernachlässigen dadurch die strategischen Entscheidungen für die Zukunft. Dies geschieht einerseits, um Risiken zu vermeiden und die Handlungsfähigkeit zu bewahren. Andererseits wird durch diese Vorgehensweise eine Dynamik ausgelöst, der es an einer klaren perspektivischen, man könnte auch sagen, visionären Zielvorgabe mangelt. Wirtschaftliches und politisches Handeln gleichen sich in dieser Hinsicht mehr und mehr an.²⁵

Die Eliten sind nicht zu beneiden. Sie spüren die Last der Verantwortung. Sie wissen, dass kleine pragmatische Lösungen letztendlich nicht weiterhelfen. Sie wissen aber auch, dass es für die Lösung der Kernprobleme keine Patentrezepte gibt.

Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen ist heute schwieriger denn je. Das liegt vor allem daran, dass die Welt heute verbundener ist als jemals zuvor. Zwar formulierten wir schon im Griechischen „pantharhei“, alles fließt, aber heute fließt alles schneller und weiter. Letztlich ist heute alles mit allem verbunden und jeder von jedem abhängig. Dies gilt in besonderem Maße für die Politik, die Wirtschaft, die Finanzmärkte, aber es gilt auch für die Gesellschaften und den einzelnen Menschen in ihnen. Globalisierung bedeutet vor allem und zuerst „globale Verbundenheit und gegenseitige Verwundbarkeit“.²⁶

Der Einzelne interessiert sich deshalb genauso wie Gesellschaften, Staaten oder global tätige Unternehmen für das, was irgendwo auf der Welt passiert, weil es Auswirkungen auf sein persönliches Tun und unsere Zukunft insgesamt haben kann. Dies ist in der zusammenwachsenden Welt immer häufiger der Fall. Deshalb fällt den Eliten immer mehr Macht und Einfluss zu. Zugleich tun sie sich immer schwerer, Verantwortung zu übernehmen. Das hängt ursächlich mit den Dilemmata der modernen Wissensgesellschaft zusammen. Eines ihrer Merkmale liegt darin, dass das Wissen sich immer mehr spezialisiert und die Entscheider wie noch niemals zuvor in einem geradezu existentiellen Sinne auf ihre Mitarbeiter angewiesen sind. Deshalb wird es für sie immer wichtiger, die richtigen Personen um sich zu versammeln. Da ihr gemeinsames Wissen in der Regel weit über das hinausgeht, was dem Einzelnen an Erfahrung und Know-how zur Verfü-

gung steht, kommt es für die Eliten darauf an, die richtigen Fragen zu stellen. Demgegenüber tritt die Aufgabe zurück, selbst möglichst viel Wissen zu generieren.

Das Paradoxon besteht folglich darin, dass in einer Zeit, wo sich das Wissen immer mehr spezialisiert, der Entscheider selbst immer mehr Generalist sein muss. An diesem Umstand scheitern häufig Innovations- und Reformprozesse in Politik und Wirtschaft. Dezentralisierung wird mit wachsender Spezialisierung in wachsendem Maße zu einer Schlüsselvoraussetzung für die Lösung politischer und wirtschaftlicher Problemstellungen. Dezentral können Lösungen am effizientesten erarbeitet werden. Allerdings lassen sie sich auf dieser Ebene nicht durchsetzen. Dezentralisierung fördert die Reform- und Innovationsfähigkeit, erschwert aber ihre zentrale Umsetzbarkeit. Wir erleben das in der Politik immer wieder, wenn Sachverständige Lösungsvorschläge erarbeiten. Nur selten gelingt es der Politik, diese in der Regel innovativen, manchmal auch revolutionären Konzepte in die Realität umzusetzen, weil sie zu stark wissensbasiert sind und andere Faktoren wie etwa die Sozialverträglichkeit, die Standortfrage oder die zu erwartende öffentliche Wirkung vernachlässigen.

Dies gilt im Prinzip auch für weltweit tätige Unternehmen. Sie erfahren, dass lokale oder rein wissensbasierte Lösungen selten global anwendbar sind. Die kulturellen und sozialen Unterschiede in den verschiedenen Ländern und Regionen verschließen sich häufig einheitlichen Lösungen. In der Wirtschaft entstehen dadurch Effizienzverluste, in der Politik Glaubwürdigkeitsdefizite.

Die moderne Wissensgesellschaft wird besonders für die Eliten zu einer Risikogesellschaft. Sie müssen sich den immer komplexer werdenden Herausforderungen stellen, die notwendigen Innovations- und Reformprozesse anzustoßen, zu entscheiden und schließlich auch durchzusetzen.

Derartige verflochtene und komplexe Entscheidungsstrukturen entwickeln nicht nur eine schwer zu steuernde Eigendynamik. Sie verunsichern verständlicherweise auch die Eliten, weil sie Verantwortung übernehmen müssen, ohne die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, hinlänglich in ihrer vollen Tragweite abschätzen zu können. Die globalen Zusammenhänge erhöhen das bestehende Risiko, indem sie die Steuerungsfähigkeit getroffener Entscheidungen erschweren und deren Auswirkungen zugleich potenzieren.

Die Eliten stehen heute vor der keineswegs beneidenswerten Aufgabe, im Verbund Entscheidungen vorzubereiten, Kompromisse einzugehen, deren soziale Belastbarkeit und mediale Wirkung im Auge zu behalten. Deshalb neigen sie dazu, selektive Eingriffe auch dort vorzunehmen, wo eine Reparatur im System nicht zu langfristig belastbaren Lösungen führen wird. Diese verständliche Vorgehensweise verhilft aber nur zu kurzfristigen Erfolgen. Die beschriebene Zustimmungskrise können sie lindern, aber letztlich nicht überwinden. Dazu bedarf es weitergehenderer Entscheidungen. Sie bergen aber auch höhere Risiken in sich, und zwar für die Eliten selbst ebenso wie für die Bevölkerung insgesamt. Um die Herausforderungen zu meistern, brauchen wir Visionen, die eine „Veränderung in unseren Köpfen“ einleiten und die uns ermutigen, neue Wege zu gehen. Zur Aufgabe der Eliten gehört es, solche Visionen zu entwickeln und zu vermitteln.

Mit der Globalisierung breitet sich das Wissen in der Welt auf rasante Weise aus. Damit wird die Hoffnung verbunden, dass immer mehr Menschen am Wohlstand partizipieren und die Einkommensverteilung zwischen arm und reich gerechter wird. „Die Globalisierung gibt uns zusätzlichen Wohlstand, aber sie bringt uns ebenso zusätzliche Unsicherheit, Spannungen und ein erhöhtes Maß an Ungleichheit“.²⁷ Dies spüren zurzeit auf nachdrückliche Weise die westlichen Industrienationen. Hier ist es vor allem die Mittelschicht, die um ihren Arbeitsplatz und den erworbenen Wohlstand bangt. Sie fürchtet, dass sich im voranschreitenden Globalisierungsprozess die Produktion von Gütern und Dienstleistungen in die Länder verlagert, die diese preiswerter erbringen können. Täglich lesen wir in den Zeitungen, dass Unternehmen in Deutschland den heimischen Standort aufgeben, um günstiger im z.T. sogar weit entfernten Ausland produzieren zu können. Die Hoffnung besteht darin, dass dadurch die Löhne andernorts steigen und es dort zu einem höheren Lebensstandard kommt. Dieser Konvergenzprozess kann langfristig zu einer Wohlstandssteigerung weltweit führen. Heute sind die Lohnunterschiede aber noch extrem. So verdient eine Näherin in Bangladesch 0,10 Cent in der Stunde, in Deutschland sind es elf Euro. Diese Spanne kann nur verringert werden, wenn sich in beiden Teilen der Welt unternehmerisches Handeln mit einem hohen ethischen Anspruch verbindet. Vor diesem Hintergrund, aber auch nur dann, bieten mittelfristig globale „Verbundenheit und wechselseitige Verwundbarkeit“ den Rohstoff für einen Traum: den Traum von einer gerechteren Welt.

- 1| Max Weber: *Der Beruf zur Politik*, in: Ders.: *Soziologie. Weltgeschichtliche Analysen. Politik.*, Stuttgart 1968, S. 167-185
- 2| Winfried Steffani: *Vertrauen und Verantwortung in der Politik*, in: *Politik und Verantwortung. Festgabe für Wolfgang Jäger zum sechzigsten Geburtstag*, (Hrsg.) Ingeborg Villinger, Gisela Riescher, Jürgen Ruhlan, Freiburg 2000, S. 234 –242, hier S. 235
- 3| M. Weber: *Der Beruf zur Politik*, (wie Anm. 1), S. 174f.
- 4| M. Weber: *Der Beruf zur Politik* (wie Anm. 1) S. 183
- 5| M. Weber: *Der Beruf zur Politik* (wie Anm. 1), S. 184
- 6| M. Weber: *Der Beruf zur Politik* (wie Anm. 1), S. 175
- 7| Vgl. *Das geteilte Land*, in: *Der Spiegel* vom 11.12.2006, S. 22-28
- 8| Norbert Lammert: *Moral in der Wirtschaft - Festvortrag von Prof. Dr. Norbert Lammert anlässlich der Eröffnung des Berliner Büros Institute for European Affairs (INEA)*. <http://www.bundestag.de/parlament/praesidium/reden/2008/007.html>, abgerufen am 7.7.2008
- 9| *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Joachim Ritter, Karlfried Gründer, Gottfried Gabriel (Hrsg.), Band 11, Basel 2001, vgl. „Verantwortung“, S. 566-575.
- 10| Paul Nolte: *Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik*, München 2004, S. 150 f.
- 11| Gerd Langguth: *Das Innenleben der Macht. Krise und Zukunft der CDU*, Berlin 2001, S. 280
- 12| Karl-Rudolf Korte: *Versagen die Eliten?*, in: *Capital* 20/2005 S. 32-36, hier: S. 32
- 13| Jürgen Habermas: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt 1973, S. 55
- 14| Peter Hintze, Gerd Langguth: *Helmut Kohl. Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden. 1973-1993*, Stuttgart 1993, S. 165
- 15| Vgl. Dietrich Herzog: *Politische Karrieren. Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen*. Opladen 1975, S. 150 f.
- 16| Peter Rinderle: *Welche moralischen Tugenden braucht der Politiker in einer liberalen Demokratie?*, in: *Zeitschrift für Politik*, 4/2003, S. 397-422, hier: S. 397
- 17| Peter Sloterdijk: *Das Grundsätzliche und das Dringliche. Über das Glaubwürdigkeitsdefizit der Politik*, In: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 33, 1986, 4, S. 300
- 18| *Der Schatz des BND*, in: *Der Spiegel* 8/2008, S. 20-30. hier S. 22
- 19| So Jürgen Thumann, *der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie*, in der *Bild-Zeitung*, s. www.bild.de/bild/news/wirtschaft/2008/06/09mitarbeiter-versus-manager_geo=4776210.html, abgerufen am 09.07.2008
- 20| Vgl. Ulrich Schäfer: *Der Reiter und die schwarzen Schafe*, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 07.02.2005
- 21| <http://www.ksta.de/html/artikel/1218660397803.shtml>
- 22| Vgl. *Spitzengehälter für deutsche Manager*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, v. 21.09.2005
- 23| Jürgen Habermas, Joseph Ratzinger: *Dialektik der Säkularisierung. Über Vernunft und Religion*, Freiburg 2005, S. 26
- 24| P. Nolte, *Generation Reform* (wie Anm. 6), S. 155
- 25| Vgl. Meinhard Miegel: *Epochenwende. Gewinnt der Westen die Zukunft?* Berlin 2005, S. 173
- 26| Martin Seiward: *„Euch fehlt nur eine kraftvolle Vision.“ Ein Interview mit Jeremy Riffkin*, in: *Absatzwirtschaft* 2/2005, S. 9-12, hier: S. 9
- 27| Paul A. Samuelson: *„Der Markt hat kein Herz“*, in: *Der Spiegel* v. 17. September 2005, S. 86-90, hier: S. 97